



Freie und Hansestadt Hamburg
Bezirksamt Wandsbek
Bezirksversammlung

Antrag CDU Bezirksfraktion Wandsbek	Drucksachen-Nr.: 20-3427 Datum: 11.10.2016 Status: öffentlich
---	--

Beratungsfolge		
	Gremium	Datum
Öffentlich	Bezirksversammlung Wandsbek	13.10.2016

Sicherheit vor Ideologie – kein Schnellschuss für die Rolfinckstraße
Debattenantrag der CDU-Fraktion

Sachverhalt:

Im Zuge der Anpassung der Haltestellen an die Anforderungen der neuen 19 m langen Gelenkbusse der Metrobuslinie 27 ist die Rolfinckstraße zwischen Wellingsbüttler Weg und Saseler Chaussee neu überplant worden. Zielsetzung dieser Planung war laut Erläuterungsbericht insbesondere eine durchgängige und sichere Radverkehrsführung in der Rolfinckstraße.

Bei der Rolfinckstraße handelt es sich um eine Hauptverkehrsstraße, die den Stadtteil Wellingsbüttel und dessen Geschäftszentrum durchschneidet und die laut einer Verkehrszählung aus 06/2015 täglich von rd. 20.000 Kfz, davon 230 Busse und 110 Lkw's durchfahren wird. Angaben zur Anzahl der Radfahrer liegen nicht vor.

Das Ergebnis der Planung wurde am 25.02.2016 vom LSBG (Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer) an das Bezirksamt zur Stellungnahme versandt, am 21.04.2016 dem WVA (Wirtschafts- und Verkehrsausschuss) zur Kenntnisnahme vorgestellt und von diesem ebenfalls zur Kenntnisnahme an den Regionalausschuss Alstertal überwiesen.

Der Antrag der CDU-Fraktion, ein Verkehrsgutachten zu erstellen, das vor Umsetzung der Maßnahme die Auswirkungen der geplanten Umbaumaßnahmen auf die zukünftigen Verkehrsströme und den ruhenden Verkehr untersuchen sollte, wurde mehrheitlich abgelehnt, die ebenfalls geforderte Bürgerbeteiligung vor Beschluss bzw. Umsetzung der Planung wurde dahingehend abgeändert, dass eine „adäquate Bürgerbeteiligung zeitnah erfolgen sollte“.

Am 28.09.2016 wurde die Planung durch den LSBG in der Sitzung des Regionalausschusses, an der mehr als 200 interessierte Bürger teilnahmen, vorgestellt, gleichzeitig hat die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation zur einstimmig von der Bezirksversammlung beantragten Bürgerbeteiligung dahingehend Stellung genommen, dass es „keinerlei Veranlassung für ein erweitertes Beteiligungsverfahren gäbe.....“. Die derzeitige Planung stelle eine zielgerichtete und ausgewogene Lösung dar, die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen sei abgeschlossen.

Unter „erweitert“ dürfte die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger zu verstehen sein, die als ansässige Gewerbetreibende, als Anwohner und als Verkehrsteilnehmer primär von der Maß-

nahme betroffen sind. Diese Form der Nichtbeachtung der Bürgerinteressen kann so nicht hingenommen werden. Es ist nicht akzeptabel, dass eine so weitreichende Maßnahme ohne vorherige Information und Beteiligung der Bürger und gegen einen einstimmigen Beschluss der Bezirksversammlung umgesetzt wird.

Außerdem ist es nicht vertretbar, eine derartig umfassende Neuplanung ohne vorherige Prüfung der Auswirkungen auf Verkehr und Sicherheit und teilweise unter Verzicht auf die Mindestanforderungen der PLAST (Planungshinweise für Stadtstraßen in Hamburg) umzusetzen:

Die erforderliche Querschnittsbreite für Straßen mit Linienbusverkehr beträgt mindestens 6,50 m. Diese Mindestbreite wird bei der vorgestellten Planung mehrfach unterschritten, in der Spitze bis zu 5,60 m. Damit ist ein Begegnungsverkehr ohne Überfahren der Schutzstreifen nicht möglich. Die Autos werden bei Gegenverkehr, den es bei 20.000 Kfz pro Tag nahezu immer geben wird, hinter den Radfahrern herfahren, um im geeigneten Moment zu überholen. Dass es hierbei weder zu einer Verlangsamung des Verkehrs kommt, wie vom LSBG ausgeführt, noch zu einer Gefährdung der Radfahrer auf den Schutzstreifen, erscheint wenig plausibel.

Die von vielen Bürgern kritisierte Anordnung bzw. Schaltung der Fußgängerampel vor dem S-Bahnhof soll laut Planung nicht verändert werden. Hier ist regelmäßig festzustellen, dass die Autos bei Gelb nicht am vorgelagerten Haltestreifen stoppen, sondern Gas geben und bei Rot über die Fußgängerampel fahren bzw. direkt vor der Ampel halten und dadurch sowohl die abfahrenden Busse als auch die in die Rolfinckstraße links abbiegenden Autos aus dem Schulteßdamm behindern.

Durch die Neugestaltung der Rolfinckstraße und die Anpflanzung zusätzlicher Bäume, die als Ersatzpflanzung für in Sasel gefällte Bäume jetzt in Wellingsbüttel vorgesehen sind, entfallen dringend erforderliche Parkplätze, die für Besucher der ansässigen Geschäfte und des Wochenmarktes dringend benötigt werden. Von 72 Parkplätzen sollen 7 entfallen, 5 weitere wurden bereits im Vorwege für das Wenden der Gelenkbusse vernichtet.

Während der Bauphase wird die Rolfinckstraße nur einseitig befahrbar sein. Wie und wohin der Verkehr währenddessen umgeleitet werden soll, steht noch nicht fest.

Hier ist eine frühzeitige Verkehrsplanung erforderlich, die sowohl die Interessen der ansässigen Gewerbetreibenden als auch der Anwohner der anliegenden Wohngebiete und der umliegenden Schulen und Kindergärten, Seniorenheime sowie der Feuerwehr berücksichtigt.

Die Bezirksversammlung möge beschließen:

Petition/Beschluss:

Die Verwaltung und die zuständige Fachbehörde werden gebeten,

- die Planung dahingehend zu überarbeiten, dass die Mindestanforderungen gemäß PLAST eingehalten werden. Das gilt insbesondere für die Wegeföhrung im Bereich der S-Bahn-Brücke bis zum Wellingsbüttler Weg, die hohes Gefährdungspotenzial für die Radfahrer aufweist,
- die Auswirkungen der Maßnahme auf den Verkehr in der Rolfinckstraße durch ein Gutachten, das in den Szenarien auch die jetzige und die zu erwartende Anzahl der Radfahrer berücksichtigt, zu untersuchen,
- zeitnah eine Planung der Verkehrsströme für die Umleitung während der Bauphase vorzulegen. Hierbei sind die Interessen und die Sicherheit der Anwohner, Schulen, Kindergärten, Seniorenheime, der Feuerwehr und der Gewerbetreibenden angemessen zu berücksichtigen,
- die vorhandene Fußgängerampel an der S-Bahn so umzugestalten, dass ein gleichgeschaltetes zusätzliches Signal an der jetzigen Haltelinie aufgestellt wird, so dass der Verkehr dort bei Rot zum Stehen kommt.
- Die laut Planung wegfallenden Parkplätze zu erhalten, um das Geschäftszentrum von Wellingsbüttel zu stärken,

- dem UGV (Ausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz) alternative Standorte für die als Ersatzpflanzung vorgesehen Bäume zu benennen unter Berücksichtigung der von den Saseler Anwohnern vorgelegten Vorschläge.
- Das Ergebnis aus der Umplanung und den Gutachten im Rahmen einer öffentlichen Sitzung des Regionalausschusses Alstertal unter Hinzuladung des WVA und der Wellingsbüttler Bürger vorzustellen.

Anlage/n:

keine Anlage/n